

2166/AB-BR/2005

Eingelangt am 13.12.2005

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Finanzen

Anfragebeantwortung

GZ. BMF-310102/0003-I/4/2005

Herrn Präsidenten
des Bundesrates

Peter Mitterer

Parlament
1017 Wien

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2362/J-BR vom 13. Oktober 2005 der Bundesräte Günther Prutsch, Kolleginnen und Kollegen, betreffend Katastrophenfonds, beehre ich mich, Folgendes mitzuteilen:

Grundsätzlich ist zunächst festzuhalten, dass der Katastrophenfonds ein wesentliches Instrument für die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Vorbeugung von Katastrophen und für die Ermöglichung von Hilfestellungen an Geschädigte nach Naturkatastrophen darstellt. Dieser Bundesregierung ist es dabei ein gelebtes Anliegen, neben der Finanzierung präventiver Maßnahmen ein besonderes Augenmerk auf die rasche und unbürokratische Hilfestellung an die Opfer einer Naturkatastrophe zu legen. Auch bei konsequenter Verfolgung der budgetpolitischen Zielsetzungen dieser Bundesregierung, welche Österreich heute in wesentlichen Bereichen wie

Wirtschaftswachstum, Defizit und Arbeitsmarkt weit besser dastehen lässt, als die meisten unserer Nachbarn, bleibt dabei Raum für eine großzügige Unterstützung der Opfer einer Naturkatastrophe in jenen Fällen, in welchen die Mittel des Fonds allein nicht ausreichen. So hat diese Bundesregierung, wie auch bereits anlässlich der Hochwasserkatastrophe 2002, auf die diesjährigen Ereignisse in Westösterreich umgehend mit einem eigenen Maßnahmenprogramm reagiert, um über die gewöhnliche Dotierung des Katastrophenfonds hinaus eine rasche, unbürokratische und großzügige Unterstützung der Opfer zu gewährleisten.

Wie bereits in Beantwortung der Anfrage Nr. 1709/J vom 5. Mai 2004 versichert, kann ich in diesem Sinn auch eine Garantie dafür abgeben, dass die Bundesregierung im Fall einer neuen derartigen Naturkatastrophe wieder schnell, unbürokratisch und großzügig agieren wird, um Opfer zu unterstützen.

Nun zu den konkreten Fragen:

Zu 1.:

Der Katastrophenfonds wird mit 1,1 % des Aufkommens an veranlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer I und Körperschaftsteuer dotiert, und zwar ausschließlich aus Ertragsanteilen des Bundes (§ 9 Abs. 2 Z 1 des Finanzausgleichsgesetzes 2005).

Bei außergewöhnlichen Katastrophen, wie sie im Jahr 2002 und nunmehr auch im Jahr 2005 eingetreten sind, stellt der Bund jeweils mit Sondergesetzen zusätzliche Mittel bereit (Hochwasseropferentschädigungs- und Wiederaufbau-Gesetz 2002 bzw. 2005 - HWG 2002 bzw. 2005). Im Jahr 2002 wurde darüber hinaus über Initiative Österreichs von der Europäischen Union ein Solidaritätsfonds zur Unterstützung bei Katastrophen eingerichtet.

Zu 2.:

Die laufende Dotierung des Katastrophenfonds aus Steueranteilen hat sich im Zeitraum 1995 bis 2005 wie folgt entwickelt:

1995: € 328,2 Mio.
1996: € 270,7 Mio.
1997: € 273,4 Mio.
1998: € 293,4 Mio.
1999: € 295,4 Mio.
2000: € 298,3 Mio.
2001: € 334,3 Mio.
2002: € 275,5 Mio.
2003: € 261,2 Mio.
2004: € 266,0 Mio.
2005: rd. € 265,0 Mio.

Diese Zeitreihe enthält mehrere Brüche, sodass nur die Werte ab dem Jahr 2003 miteinander vergleichbar sind:

Die Dotierung im Jahr 1995 betrifft noch das rechtliche Regime unter dem Katastrophenfondsgesetz 1986. Damals erreichten die Rücklagen Höhen, die angesichts gleichzeitiger kreditfinanzierter Defizite nicht mehr zu rechtfertigen waren.

Aufgrund der Kritik des Rechnungshofes wurde beginnend mit dem Jahr 1995 die Dotierung des Fonds daher auf ein Niveau gebracht, bei dem in normalen Jahren unter Berücksichtigung der Rücklage das Auslangen gefunden werden kann. In einem zweiten Schritt im Jahr 1997 wurde die Rücklage auf € 29 Mio. begrenzt. Wenn aufgrund einer außergewöhnlichen Katastrophe mit der regulären Dotierung des Fonds nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann, werden zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Diese Situation ist in den Jahren 2002 und 2005 letztlich eingetreten. Es wurden mit dem HWG 2002 bis zu € 500 Mio. und mit dem HWG 2005 bis zu € 251 Mio. zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Ein weiterer Bruch betrifft die Jahre 2002 und 2003, in denen anlässlich der Übertragung der Bundesstraßen B an die Länder auch die Mittel des Fonds für diese Straßen den Ländern übergeben wurden.

Zu 3.:

Grundlage für die Verwendung der Fondsmittel ist § 3 des Katastrophenfondsgesetzes 1996. Demnach sind die Mittel des Fonds wie folgt zu verwenden:

	1995 *)	1996-2001	2002	2003-2004	2005ff
Schäden im Privatvermögen	11,00%	3,55%	4,02%	4,21%	4,21%
Schäden im Vermögen des Bundes	10,00%	6,25%	2,66%	1,23%	1,23%
Schäden im Vermögen der Länder	9,00%	2,79%	3,16%	3,31%	3,31%
Einsatzgeräte der Feuerwehren		7,16%	8,11%	8,49%	8,89%
Schäden im Verm. der Gemeinden	7,00%	7,67%	8,69%	9,09%	9,09%
Vorbeugungsmaßnahmen	63,00%	72,58%	73,36%	73,67%	73,27%
Summe	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%

*) 1995 noch gemäß Katastrophenfondsgesetz 1986: Anteil der Länder inkl. der Mittel für Einsatzgeräte der Feuerwehren

Auch die Kriterien für die länderweise Aufteilung dieser Mittel ergeben sich, soweit sie an die Länder bzw. Gemeinden ausbezahlt werden, aus dem Katastrophenfondsgesetz 1996 (wobei Erfolgsdaten für die länderweisen Anteile zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung nur bis einschließlich 2004 zur Verfügung stehen).

Im Einzelnen ergibt sich daraus Folgendes:

a) Schäden im Privatvermögen

Zur Beseitigung außergewöhnlicher Katastrophenschäden im Vermögen physischer und juristischer Personen mit Ausnahme der Gebietskörperschaften ersetzt der Bund den Ländern im einzelnen Schadensfall regelmäßig 60 % der Beihilfe des Landes. Dies entspricht der in § 3 Abs. 3 lit. a KatFG 1996 vorgesehenen maximalen Höhe. Im Ergebnis hängt die länderweise Verteilung der Mittel daher davon ab, in welchen Ländern sich Katastrophen ereignen und in welchem Ausmaß die Länder dafür Beihilfen gewähren.

In den Jahren 1995 bis 2004 haben diese Leistungen länderweise folgende Beträge erreicht (in Mio. Euro):

Schäden im Vermögen privater Personen

	Bgld	Ktn.	Nö.	Oö.	Sbg.	Stmk.	Tirol	Vbg.	Wien	Summe
1995	48	439	1.358	0	1.453	2.616	1.453	716	0	8.083
1996	134	1.589	2.205	41	727	3.243	1.017	260	0	9.216
1997	133	959	30.058	2.029	1.226	2.180	727	241	16	37.571
1998	188	283	339	1.175	1.090	3.270	1.090	266	78	7.780
1999	421	505	3.938	551	1.235	1.090	6.904	3.052	11	17.708
2000	81	1.439	4.565	3.523	1.308	2.180	5.814	5.911	9	24.830
2001	4	0	1.915	0	685	0	3.270	1.686	0	7.560
2002 *)	0	661	63.187	74.505	7.519	3.000	3.836	644	0	153.351
2003 *)	50	3.320	56.000	78.495	8.500	2.000	1.319	666	1.262	151.612
2004	0	400	2.100	0	3.363	1.486	1.000	570	1	8.920

*) inkl. der Mittel gemäß HWG 2002

b) Schäden im Vermögen der Länder und Gemeinden

Für die zusätzliche Finanzierung von Maßnahmen zur Beseitigung von außergewöhnlichen Schäden durch Naturkatastrophen ersetzt der Bund den Ländern und Gemeinden regelmäßig 50 % der Schadenshöhe. Auch die länderweise Verteilung dieser Mittel ergibt sich somit aus dem Umfang der Katastrophen, die Beträge lauten hier (in Mio. Euro):

Schäden im Vermögen der Länder

	Bgld.	Ktn.	Nö.	Oö.	Sbg.	Stmk.	Tirol	Vbg.	Wien	Summe
1995	75	49	231	966	111	1.048	2.516	804	0	5.800
1996	39	22	291	597	623	866	1.233	1.002	0	4.673
1997	135	1.021	347	1.350	143	1.142	866	899	0	5.902
1998	95	127	1.571	1.172	202	1.596	3.842	493	0	9.098
1999	185	395	51	1.187	548	1.523	0	3.452	0	7.341
2000	77	80	288	1.034	127	1.217	2.465	993	0	6.282
2001	45	59	70	1.677	324	2.827	1.822	2.404	0	9.228
2002 *)	0	661	63.187	74.505	7.519	3.000	3.836	644	0	153.351
2003 *)	50	3.320	56.000	78.495	8.500	2.000	1.319	666	1.262	151.612
2004	11	865	183	10.519	556	3.861	1.706	1.841	0	19.542

*) inkl. der Mittel gemäß HWG 2002

Schäden im Vermögen der Gemeinden

	Bgld.	Ktn.	Nö.	Oö.	Sbg.	Stmk.	Tirol	Vbg.	Wien	Summe
1995	829	4.403	2.665	2.068	382	3.486	3.223	151	248	17.454
1996	850	2.028	5.262	1.915	363	3.386	1.975	183	37	15.998
1997	875	2.889	5.488	3.002	89	3.627	1.130	123	1.651	18.876
1998	666	2.558	8.527	3.547	333	5.537	1.929	325	1.445	24.866
1999	1.013	2.848	3.053	2.216	188	4.099	2.921	980	67	17.386
2000	867	1.912	4.523	2.481	334	5.994	5.835	1.244	799	23.990
2001	377	1.974	-5.440	4.135	347	3.402	2.236	1.995	164	9.191
2002 *)	303	1.796	10.405	2.655	116	6.628	2.116	756	24	24.800
2003 *)	187	1.453	21.964	28.625	2.980	2.403	4.530	578	2.632	65.352
2004	114	3.292	3.678	3.048	799	3.868	2.185	511	925	18.421

*) inkl. der Mittel gemäß HWG 2002

c) Mittel zur Beschaffung von Einsatzgeräten der Feuerwehren

Die für die Beschaffung von Einsatzgeräten der Feuerwehren durch die Länder vorgesehenen Mittel werden auf diese nach der Volkszahl verteilt. Die Höhe der Auszahlungen an die Länder hängt darüber hinaus auch vom konkreten Termin der Anträge der Länder entsprechend ihren Investitionszeitpunkten ab, was in unterschiedlichen Jahresbeträgen in der folgenden Darstellung der länderweisen Anteile resultiert (in Mio. Euro):

Katastropheneinsatzgeräte der Feuerwehren

	Bgld.	Ktn.	Nö.	Oö.	Sbg.	Stmk.	Tirol	Vbg.	Wien	Se
1995 *)	526	890	3.153	3.177	823	2.752	1.348	1.025	3.138	16.830
1996	661	872	3.579	3.238	1.432	2.877	1.533	1.288	3.652	19.130
1997	823	1.599	3.792	3.431	1.432	3.048	1.625	853	3.648	20.251
1998	724	1.381	3.725	3.564	1.289	3.166	1.687	886	4.285	20.706
1999	734	872	3.750	3.613	1.307	3.210	1.711	898	4.094	20.188
2000	740	872	3.860	3.644	1.318	3.237	1.725	906	4.194	20.496
2001	819	1.453	5.081	3.906	1.392	3.583	1.909	1.002	4.348	23.494
2002	778	2.950	4.274	3.855	1.433	3.336	1.874	978	4.364	23.842
2003	766	0	4.266	3.798	1.249	3.265	1.859	969	4.175	20.347
2004	768	4.127	4.337	3.941	1.304	3.255	1.878	977	3.848	24.435

*) inkl. der im KatFG 1986 vorgesehenen Anteile für Tunnelbrandbekämpfung und Stützpunktfeuerwehren

d) Vorbeugungsmaßnahmen

Die Leistungen des Katastrophenfonds für Vorbeugungsmaßnahmen werden durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie erbracht, wobei diese Mittel entsprechend einer Prioritätenreihung zum Einsatz kommen.

Für die Finanzierung des Warn- und Alarmsystems besteht eine rechtliche Vorgabe für die länderweise Verteilung. Demnach werden die dafür vorgesehenen Mittel in Höhe von € 3.634.000,-- nach Abzug eines Anteiles des Bundes von 5 % auf die Länder zu 90 % nach der Volkszahl und zu 10 % nach der Gebietsfläche aufgeteilt (Art. 15a B-VG-Vereinbarung BGBl. Nr. 87/1988).

Daraus ergeben sich folgende Anteile der Länder (in Mio. Euro):

Warn- und Alarmsystem - ohne Bundesanteil

	Bgld.	Ktn.	Nö.	Oö.	Sbg.	Stmk.	Tirol	Vbg.	Wien	Summe
1995	124	258	666	581	222	540	304	143	615	3.452
1996	124	258	666	581	222	540	304	143	615	3.452
1997	124	258	666	581	222	540	304	143	615	3.452
1998	124	258	666	581	222	540	304	143	615	3.452
1999	124	258	666	581	222	540	304	143	615	3.452
2000	124	258	666	581	222	540	304	143	615	3.452
2001	124	258	666	581	222	540	304	143	615	3.452
2002	124	258	666	581	222	540	304	143	615	3.452
2003	123	254	687	583	236	511	321	150	587	3.452
2004	124	256	677	582	229	525	313	147	601	3.452

Mit freundlichen Grüßen